

Grüne Alpenpolitik

VISP | Der Austragungsort für die Delegiertenversammlung der Schweizer Grünen in Visp war nicht zufällig gewählt. Die Grünen widmen sich vermehrt den Berggebieten.

SEBASTIAN GLENZ

Grüne Politik hat in den letzten zwei Jahren auch im Kanton Wallis markante Spuren hinterlassen. Mit der Annahme der Lex Weber und dem Raumplanungsgesetz kommen Herausforderungen auf den Kanton zu, die es zu bewältigen gilt. Die Grünen unterstützten beide Vorlagen tatkräftig. Bei letzterer waren die Walliser Grünen neben der Juso Oberwallis gar die einzige Partei, die für ein Ja weibelte. Da hat man als Parteivertreter keinen einfachen Stand.

Zäh und wetterfest

Das sah am Samstag im Visper La Poste auch Co-Präsidentin Regula Rytz so: «Als grüner Politiker in den Berggebieten muss man Widerstände aushalten können. Kein Wunder sind die Grünen in den Berggebieten zäh und wetterfest wie Enziane auf kargem Boden.» Eine nachhaltige Entwicklung sei aber zwingend notwendig, so Rytz. Grüne Politik sei deshalb gerade für die Alpenräume eine Chance. Sie knüpfe an Werte und Traditionen an, die diese ökologisch sensiblen Räume prägen. «Wir setzen uns für Werte ein, für die sich auch unsere Vorfahren starkgemacht haben: die Wahrung und die gemeinsame Nutzung der Ressourcen, die Solidarität und die Verteidigung des Gemeinwohls.» Grüne Politik setze aber auch auf Innovation und Modernisierung.



Engagiert. Regula Rytz, Co-Präsidentin der Schweizer Grünen: «Die Grünen in den Berggebieten sind zäh und wetterfest wie Enziane auf kargem Boden.»

FOTOS KEYSTONE/WB



«Alpenpolitik wird für die Grünen zum Schwerpunktthema. Wir zeigen, wie diese funktionieren kann»

Brigitte Wolf

Grüner Alpengipfel

Die Grünen belassen es nicht bei leeren Worten, sondern verabschiedeten an der DV eine

Resolution, die sich den Entwicklungsperspektiven für die Berggebiete widmet. Die Initiative für eine solche Resolution

nahmen ihren Anfang am grünen Alpengipfel in Tschlin GR. Ein Ziel der Resolution ist beispielsweise, mit der Energiestrategie 2050 ein Gebäudesanierungsprogramm speziell für die Alpenräume auszulösen. Dies auch als Kompensation für Arbeitsplätze, die im Zweitwohnungsbau nicht mehr gebraucht werden. «Innerhalb unserer Partei haben sich die Grünen aus den Berggebieten dafür stark gemacht, dass Alpenpolitik zum Schwerpunktthema wird», so Brigitte Wolf, Präsidentin der Oberwalliser Grünen. «Mittels einer Arbeitsgruppe erarbeiten wir nun Lösungen, wie eine grüne Alpenpoli-

tik konkret aussehen kann.» Einer der Involvierten ist auch der ehemalige Staatsratskandidat Christophe Clivaz. Der Walliser Professor für Tourismus am Institut Kurt Bösch sprach davon, dass die Zweitwohnungsinitiative dem Kanton einen Elektroschock verabreicht habe. Die Grünen hätten aber bereits reagiert und dreizehn Massnahmen präsentiert, wie man diesem begegnen könne. Der Bündner Angelo Andina seinerseits betonte, dass es in der Schweiz dennoch nicht einfach sei, grüne Politik durchzusetzen. Mit einem kleinen Seitenhieb sagte er dann noch: «In Tirol funktioniert das besser.»

In der Höhle des Löwen...

Grüne im Wallis

Der Walliser Journalist Hubert Mooser titelte in der Online-Ausgabe des «Tages-Anzeigers»: «In der Höhle des Löwen», die Grünen kommen ins Wallis. Der Spruch war an der DV allgegenwärtig.

Praktisch jede Rednerin und jeder Redner griff die Schlagzeile auf. Mit Humor nahms die Oberwalliser Grünen-Präsidentin Brigitte Wolf: «Eigentlich müsste es ja «in die Höhle des Wolfes» heissen, sagte sie. Sie müsse aber an dieser Stelle klar festhalten, dass im Wallis zwar mit harten Bandagen gekämpft werde, dass sie als Grüne und

zusätzlich mit Wolf im Nachnamen immer respektiert worden sei und sich hierzulande äusserst wohlfühle. Auch der Visper Gemeindepräsident Niklaus Furger hiess die Grünen in Visp herzlich willkommen und wünschte ihnen, dass sie gesund wieder nach Hause kommen. Mit letzterer Aussage hatte er die Lacher auf seiner Seite. Etwas ernster nahms anschliessend Co-Präsidentin Adèle Thorens: «Wir sind nicht nach Visp gekommen, um den Wallisern zu erklären, wie sie ihre Wirtschaft und ihren Tourismus entwickeln sollen», stellte sie klar. «Die Lösungen müssen vor Ort entwickelt werden.» **gse**

Die Grüne Partei hat Abstimmungsparolen gefasst

Gegen Preiserhöhung

VISP | Die Grüne Partei hat sich am Samstag deutlich für die Aufhebung der Wehrpflicht und die 1:12-Initiative ausgesprochen.

Gespalten zeigten sich die Grünen an der Delegiertenversammlung beim modernisierten Epidemien-gesetz. Nach einer lebhaften, ja hitzigen Debatte mit vielen Wortmeldungen beschlossen die Delegierten schliesslich die Ja-Parole zu der Vorlage, die am 22. September an die Urne kommt. Der Entscheid fiel mit 77 Ja- zu 42 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen. Eine Stimmfreigabe, wie sie

der Vorstand empfohlen hatte, wurde abgelehnt. Deutlicher fielen die Entscheide der Delegierten zu den anderen beiden Vorlagen aus, über die im September abgestimmt wird.

Für Aufhebung der Wehrpflicht

Die Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht empfehlen die Delegierten wenig überraschend mit 128 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen zur Annahme. Zur Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops beschlossen die Delegierten wie erwartet die Nein-Parole. Der Entscheid fiel

einstimmig bei einer Enthaltung. Anlass zu Diskussionen gab hingegen die Empfehlung der Geschäftsleitung, sich gegen die Preiserhöhung bei der Autobahnvignette von 40 auf 100 Franken zu stellen. Einzelne Delegierte argumentierten, damit werde eine unheilige Allianz mit der Strassenlobby eingegangen. Ein Preis von 100 Franken sei zudem gerechtfertigt. Co-Präsidentin Regula Rytz begründete die Nein-Parole damit, dass das Geld in den Strassenbau fliesse. «Wir wollen keine neuen Nationalstrassen finanzieren», sagte sie. 100 Franken seien zu viel. | **sda**